

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Erscheint

wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 3.00 Mk.,
bei allen Postämtern 3.60 Mk.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

für die einspaltige Zeile ober deren Raum 40 Pf.
Zwischen-Räume bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 33.

Freitag, 19. April

Sonnabend, den 24. April 1920.

Freitag, 19. April

42. Jahrg.

Reichstagswahlen am 6. Juni.

Berlin, 22. April. Die Wahlen zum ersten Reichstag der Republik werden, wie nummehr feststeht, am Sonntag, den 6. Juni, stattfinden. Die Nachricht von einer neuen Verschlebung entspricht nicht den Tatsachen.

Die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 19. April. Wie wir erfahren, wird jetzt in Erwägung gezogen, die Wahl eines Reichspräsidenten Ende Juni vorzunehmen. Die Linksparteien haben bis jetzt noch keine Persönlichkeiten für den Präsidentenposten in Aussicht genommen, während die Kandidaturen Hindenburg von den Rechtsparteien noch nicht aufgegeben ist.

Minister Röstler zur Lage.

Berlin, 21. April. Der neue Außenminister Dr. Röstler erklärte einem Mitarbeiter des „Vorwärts“, eine klare energische Politik im Innern sei die Vorbedingung für die Politik nach außen hin. Die Entente würde, ebenso wie sie einen Kopp-Putsch nicht gutheißen konnte, auch gegen eine Diktatur des Proletariats sein. Ebenso müsse die rein sozialistische Regierung zurückgewiesen werden. Die Räumung der Wainpouhütte sei dringend notwendig. Man müsse sich aber von rechts bis nach links einig sein, den Schatzkammern links des Rheins keinen Grund zum Eingreifen zu geben. Dies sei die einzige Möglichkeit, eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen, den wir doch unterschrieben haben. Wir müssen auch unsere Gegner überzeugen, daß wir gewillt sind den Vertrag innezuhalten.

40 Milliarden Ausgaben.

Berlin, 20. April. Im Hauptausschuß der Nationalversammlung gab der Reichsfinanzminister bedeutende Erklärungen über den Haushaltsplan für 1920. Der Etat weist im außerordentlichen und außerordentlichen Etat eine Gesamtausgabe von rund 40 Milliarden Mark auf, wozu noch ein Fehlbetrag von 12,9 Milliarden aus Reichspost und Eisenbahn hinzukommt. Im Ordinarum stehen den laufenden Einnahmen von 25 Milliarden fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden gegenüber, wobei ein Defizit von 2,95 verbleibt. Die Veranschlagung der Einnahmen sei vorsichtig bemessen. Die Kohlensteuer sei mit 4,5 Milliarden eingeseht. Die Finanzverwaltung müsse trotz der damit verbundenen schweren Belastung für alle Kreise der Bevölkerung an einen weiteren Ausbau der Kohlensteuer denken. Die Ausgaben seien in fortdauernde von 3,8 Milliarden und einmalige ordentliche Ausgaben von 4,1 Milliarden geschieden. Die Verzinsung der Reichsschuld betrage 12,4 Milliarden, die Pensionen 3,2 Milliarden, für Heer und Marine sind 1,9 Milliarden eingestellt und die allgemeinen Verwaltungsausgaben mit 6,3 Milliarden Mark veranschlagt. Hierzu kämen die einmaligen Ausgaben im Rahmen des Ordinariums. Zur Verbilligung der Lebensmittel seien 3 Milliarden eingestellt. Zur Deckung sollen die einmaligen ordentlichen Einnahmen aus den Kriegsteuern dienen. Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts beziffern sich auf 11,6 Milliarden. Zur Ausführung des Friedensvertrages werden 5 Milliarden beansprucht.

Keine Anleihe an Deutschland?

Rotterdam, 20. April. „Manchester Guardian“ erzählt, daß die interalliierte Valutakonferenz sich über eine Anleihe an Deutschland nicht einigen konnte. Die Schwierigkeiten hätten ihren Grund in der fortgeschrittenen Ausgabe von deckungslosen Noten in Deutschland, die eine Sanierung so gut wie ausschließen.

Gegen eine Kandidatur Erzbergers.

Berlin, 20. April. Der Reichsausschuß

der Zentrumsparlei hat sich gestern mit Überwiegender Mehrheit gegen eine neue Kandidatur Erzbergers ausgesprochen.

Nicht einig.

Paris, 20. April. Die Pariser Blätter bringen Einzelheiten über die Verhandlungen in San Remo. Daraus ergibt sich, daß die Häupter der Regierungen der Allance über die Durchführung des Friedensvertrages sich nicht einig sind. England und Italien glauben, daß Deutschland sich entwaffnen lassen werde, sobald die Allierten mit der Entziehung der wirtschaftlichen Unterstützung drohen. Das Kabinett in London wendet sich heftig gegen Wilsons Note über die Artikel, welche in fünf wichtigen Punkten eine Revision des Vertrages fordert. Der Oberste Rat hat keine Antwort auf Wilsons Note rebliert. Diese Antwort ist korrekt, rechnet aber mit der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten der Türkei nicht den Krieg erklärt haben. Die belgischen Delegierten werden zu der Beprechung der deutschen Abrüstung zugelassen. Belgien scheint entschlossen, ein Bündnis mit Frankreich zu schließen, falls die Allance von Belgien, Frankreich und England nicht durchführbar ist. Die deutschen Angelegenheiten stehen an zweiter, die russischen an dritter Stelle auf der Tagesordnung der Konferenz. In der Umgebung von Nitti ist man für eine vorsichtige Politik Deutschland gegenüber, namentlich um das Zurückziehen der Reichswehr aus dem Ruhrgebiet zu erzielen. Nitti wird die Frage von Fiume vor den Rat bringen, ebenso eine Reihe von wirtschaftlichen Resolutionen, die laut „Echo de Paris“ in Italien Illusionen über eine Unterstützung von England hervorzurufen sollen.

Die völlige Entwaffnung Deutschlands in San Remo beschlossen.

Ein Sieg Millierands.

Rotterdam, 22. April. Eine Timesdepesche meldet aus San Remo: Die Konferenz hat die Vorschläge angenommen, die die vollständige Entwaffnung Deutschlands betreffen. Die Annahme erfolgte nach einem 5 stündigen Referat der Delegierten der Berliner Entente-Kommission einstimmig, nachdem 2 englische Zusatzanträge abgelehnt worden sind.

Paris, 21. April. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm folgenden Antrag an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erhaltung des allgemeinen Friedens, daß die völlige Entwaffnung Deutschlands durchgeführt werden müsse, wie sie im Versailleser Vertrage festgelegt ist.

„Besser keine als solche Bundesgenossen!“
Frankfurt a. M., 22. April. Die französische Presse spricht von Unstimmigkeiten in San Remo. Italien und England hätten Frankreich im Stich gelassen. Durch ein Eintreten für eine Revision des Friedensvertrages von Seiten Italiens und Englands würden die Interessen Frankreichs schwer geschädigt. „Matin“ sagt: „Besser keine als solche Verbündete. Wir müssen auf eigene Faust handeln.“

Amerika sagt sich los.

Berlin, 21. April. Nach dem „New York Herald“ wird die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten noch in dieser Woche eine Entschlieung einbringen, durch die Amerika sich von Versailleser Vertrag und von den europäischen Angelegenheiten lossagt. Man fordere nur das Recht der meistbegünstigten Nation im Handel mit Deutschland und die Aufrechterhaltung der Beschlagnahme deutscher Werte. Im übrigen wolle man aber auch aus der Wiedergutmachungskommission ausschelden.

Polnische Offensive gegen Rußland.

Rotterdam, 20. April. „Morning Post“

meldet aus Warschau, daß der polnische Staatsrat das Friedensangebot der russischen Sowjet Regierung zurückgewiesen hat. Die große polnische Offensive gegen Sowjet-Rußland steht vor ihren letzten Vorbereitungen. Hunderte von Flugmaschinen kommen täglich als Ueberläufer auf polnischen Boden an.

Zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Kriegsgefangenenabkommens.

melden die Blätter nach einer Korrespondenz u. a.: In dem Vertrag heißt es ausdrücklich, daß nur diejenigen Kriegsgefangenen abtransportiert werden, die eine Rückkehr in die Heimat wünschen. In Deutschland befinden sich noch 190.000 russische, in Sowjet-Rußland rund 20.000 deutsche Kriegsgefangene.

Verstärkung des deutschen Grenzschatzes im Osten.

Berlin, 21. April. In den letzten Tagen sind Truppenverstärkungen der Reichswehr nach dem Osten abgegangen. Die Verstärkungen stehen im Zusammenhang mit Alarmmeldungen über polnische Truppenzusammenziehungen an der Grenze und dienen zur Verstärkung des deutschen Grenzschatzes.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen soll am 27. Juni stattfinden. Das Stimmrecht hat jede Person, die das 20. Lebensjahr vollendet hat, im Abstimmungsgebiet geboren ist, ihren ständigen Wohnsitz dort hat, oder sich seit 1905 dort aufhält.

Der künftige Aufenthalt des Kronprinzen.

Amsterdam, 21. April. Wie „Telegraaf“ meldet, steht die holländische Regierung mit dem niederländischen reformierten Kirchenrat in Dordrecht (Bieringen) in Unterhandlungen über den Ankauf eines Pfarrhauses, das der dauernde Wohnsitz des vormaligen Kronprinzen bleiben soll.

Der verhaftete Räuberhauptmann Högl verfuhr bei seiner Verhaftung in Eger einen Depositen zu vernichten, welcher auf 245.000 Mark gezahlter Depostengelder lautete und von einer bayerischen Bank auf den Namen Schmidt ausgestellt war. Ferner hatte Högl für eine halbe Million Mark Brillanten in den Kleidern eingetauscht bei sich.

Oberschlesien.

In einer Beprechung zwischen General De Meud und Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Oberschlesien nummehr von der Entente-Kommission beschlossen wurde, während die Wahlen zum Reichstag vom Hohen Rat in Paris abgelehnt worden wären. Ueber die weitere parlamentarische Tätigkeit der augenblicklichen Parlamentarier äußerte sich der General dahin, daß diese Frage von der deutschen Regierung beim Hohen Rat zu regeln wäre. Es wurde darauf hingewiesen, daß dann das ober-schlesische Volk ohne parlamentarische Vertretung sein würde. Der General versprach, sich von den Parteivorständen weiter beraten zu lassen. Zum Schluß wurde die Beamtenfrage bsprochen. Der General vertrat den Standpunkt, daß die Beamten der Wahlen der Kommission zu folgen hätten; er mißbilligte den Justizbeamten-Beitritt.

Wetzlar O.S., 19. April. Aus Oppeln wird gemeldet, die Arbeiterchaft und die Beamtenchaft habe sich dahin geeinigt, daß man zunächst von der Wahl der Landesversammlung und des Reichspräsidenten mit Rücksicht auf die Zersplitterung der Parteien absehe. Dagegen haben die Beamten und Arbeiter die neue Forderung aufgestellt, daß von der Einführung des Pöszgesetzes in Oberschlesien abgesehen werde,

um der Abschätzung vom Deutschen Reich vorzubringen.

Polen wünscht Verschlebung der Abstimmung.
Warschau, 20. April. Der polnische Ministerrat beschloß, beim Obersten Rat folgende Forderungen zu stellen: Bewirkung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung bei der Abstimmung, Befestigung des fast ausschließlichen Einflusses der deutschen Behörden und der Sicherheitswehr, und ferner die Verschlebung des Termins der Volksabstimmung mit der Begründung, daß die Volksabstimmung unter den gegenwärtigen Umständen in Oberschlesien nicht ordnungsgemäß durchzuführen wäre. Es wäre notwendig, erst eine Entspannung der Erregung in den Arbeiterkreisen abzuwarten.

Die polnische Regierung sucht zweifellos eine Verschlebung der Volksabstimmung, weil sie fürchtet, daß diese für Deutschland günstig ausfallen würde. Sie will daher Zeit gewinnen, um ihre Propaganda mit allen legitimen und illegitimen Mitteln fortsetzen zu können.

Kein Einrücken der Polen.

Bratislava, 21. April. In den letzten Tagen waren allgemein Nachrichten verbreitet von dem bevorstehenden Einrücken polnischer Truppen in Oberschlesien. Es wurde auch behauptet, daß die Franzosen polnische Truppen ins Land rufen würden. Sicherlich sind die französischen General dem Führer von Gohfeld die Versicherung ab, daß von Seiten der Entente die Absicht, polnische Truppen nach Oberschlesien zu rufen, weder besteht noch jemals bestehen habe.

Die Beschwerden unbegründet!

Bratislava, 22. April. Der Rat der Ältesten in Paris hat in seiner letzten Sitzung die Plebiszit- und Besatzungskommission in Oberschlesien in ihrer rechtskräftigen Haltung bekräftigt und gibt bekannt, daß die gegen die Tätigkeit und Haltung der Kommission in Oberschlesien erhobenen Beschwerden für unbegründet erklärt werden.

Die Stimmung in Oberschlesien.

In Berlin haben wieder Verhandlungen zwischen einer Abordnung aus Oberschlesien und der Regierung stattgefunden. Diese Verhandlungen sind, nachdem die Oberschlesier ihren Standpunkt mit allem Nachdruck vertreten haben und es ihnen gelungen ist, die amtlichen Stellen aus ihrer gegenseitigen Zurückhaltung in der ober-schlesischen Frage herauszuziehen, im allgemeinen befriedigend verlaufen, so daß eine wesentliche Besserung der Stimmung in Oberschlesien zu erwarten ist. Hierzu kommt, daß die französische Militärherrschaft außerordentlich verbitternd wirkt. Aber obwohl die Polen unter dem früheren Reichstagsabgeordneten Korsantj diese Verbitterung für sich anzunehmen suchten und durch Ankauf von Getreide und sonstige Mittel eine heftigste Werbetätigkeit entfalten, läßt sich nicht verkennen, daß sie nur sehr wenig Erfolg haben werden. Nach der Rückkehr der Abordnung aus Berlin wird man hoffentlich das Deutschstum mit fester Kraft vorgehen, weil es sich, der gegebenen Falsche gemäß, von der deutschen Regierung geschützt weiß. Wenn nun auch die Abstimmung aller Voraussicht nach auf sich warten lassen wird, von einigen Seiten verlangt, bis zum Mai nächsten Jahres, so ist doch keine Zeit zu verlieren, um dem polnischen Uebelwerden in aller Eile entgegenzutreten.

Ein polnischer Geheimbefehl.

Breslau, 21. April. Die „Schlesische Volkszeitung“ ist in der Lage, einen Geheimbefehl des Warschauer „Komitees zum Schutze Schlesiens“ vom 20. März zu veröffentlichen, das den Beweis erbringt, daß die Großpolen glauben, einen Erfolg in Oberschlesien nicht durch die im Friedensvertrag vorgesehene Abstimmung, sondern nur durch einen neuen Zustand ein „Oberschlesisches Flamm“ erreichen zu können. Der Geheimbefehl beginnt mit folgenden Anforderungen:

Streng vertraulich!

Das Hauptkommando hat mit der Aufstellung einer neuen Militärorganisation für Schlesien sofort zu beginnen bzw. die jetzigen Formationen nach den nachstehenden Richtlinien zu organisieren. Wir hoffen, daß diese Richtlinien in ihren Einzelheiten durchgeführt und streng befolgt werden. Es wird zur Pflicht gemacht, daß entsprechende Befehle sofort an die Kommandanten abgesandt werden. Es naht die Zeit, wo die Organisation von unserer Arbeit Zeugnis ablegen wird, wenn wir die ausbrüchlichen Deutschen herausstreifen werden aus unserem polnischen Lande und an die Stelle der „Sicherheitswehr“ die polnische „Volkswehr“ treten wird. Es folgen dann genaue Vorschriften für die militärische Organisation in Infanterie- und Sportvereinen, über politische und militärische Nachrichtenabteilungen,

Bildung einer Gendarmerie zur Bekämpfung der gewonnenen Mitglieder, über Waffen- und Munitionsammlung, militärische Übungen und militärische Frauenabteilungen. Unterzeichnet ist der Auftrag vom Zentralvorstand des Plebiszit-Komitees Korsantj.

Die „Schlesische Volkszeitung“ stellt unter der Überschrift „Dringlichste und Laßachen“ diesen polnischen Geheimbefehl den bewußtlosen Verleumdungen gegen die Deutschen Oberschlesien durch Korsantj jüngstes Flugblatt gegenüber.

Rundgebung der Angestellten und Arbeiter.

Oppeln, 21. April. Die deutschen Gewerkschaften in Oberschlesien verbreiten ein Flugblatt, das sich energisch gegen die von launischen polnischen Intendanten in Oberschlesien betriebene Verhinderung der Förderung und Verleumdung der Deutschen sowie gegen die Billigkeit der Interalliierten Kommission wendet und außerdem gegen über Hand- und Kopfbüchler Oberschlesien zu diesem Zusammenhalten anruft. Unterzeichnet sind die Gewerkschaften aller Richtungen und die großen Angestelltenverbände.

Die Versammlungsfreiheit.

Bratislava, 21. April. Der „Volksbote“ wies über die Besprechung der Parteirepräsentanten mit der interalliierten Kommission in Opatowitz nach zu merken: „Schlesische Versammlungsfreiheiten“ werden aufgehoben und der vor der Besetzung bestehende Rechtszustand wieder eingeführt. Demnach sind alle öffentlichen und gewerkschaftlichen Versammlungen ohne weiteres gestoppt und behörden auch ihrer Genehmigung. Unzulässig sind nur Versammlungen unter freiem Himmel, Umläufe, Demonstrationen usw., die einer Genehmigung der Polizeibehörden bedürfen.

Aus dem Hultschiner Ländchen.

Hultschin, 19. April. Die Bewohner des Hultschiner Ländchens haben einen Hilferuf an die deutsche Regierung gegen die tschechische Gewaltpolitik gerichtet. Insbesondere beklagen sie sich über die Fächerisierung der Schule und das Vorgehen mit Prügelstrafen bei den geringsten Vergehen. Ferner beklagen sie das tschechische Militär des Gebrauches von Dum-Dum-Geschossen. Sie fordern das Recht der freien Volksabstimmung und die Wiederherstellung mit Deutschland.

Im Hultschiner Ländchen gleißt der Schallkrei immer weitere Kreise. Die Gemeinden weigern sich, die Kinder von tschechischen Lehrern unterrichten zu lassen, bestehen aber auf ihrer Forderung, daß die deutschen Schulen erhalten bleiben.

Zur Arbeitsüberlegung der Justizbeamten.

Von maßgebender Stelle wird uns mitgeteilt: Die Einstellung der Arbeit durch die sämtlichen Justizbeamten der Bezirke und Staatsanwaltschaften der Bezirke Beuthen, Gleiwitz, Ratibor und Oppeln dauert ohne Unterbrechung fort. Sie ist die Folge der bekannten, eine geordnete Rechtspflege unmöglich machenden Zwangsmahnahmen der Interalliierten Kommission und hat mit irgend welchen Gehalts- oder Lohnfragen selbstverständlich nicht das geringste zu tun. Sie hat den Zweck, von der Kommission sichere Garantien dafür zu erlangen, daß sich Fälle, wie die Ausweisungen und Maßnahmen des Landrichters Heidenhain in Opatowitz, des Ersten Staatsanwalts Tzipper in Beuthen OS, und des Gerichtsassessors Kirlein in Lublitz nicht wiederholen. Es muß daher auch darauf bestanden werden, daß die Interalliierte Kommission in Opatowitz den durch das Vertrauen der gesamten Justizbeamten der vier Bezirke gewählten Hüfner-Ausschuß selbst anführt, wozu sie sich bisher nicht bereit gefunden hat. Sie will nur durch die beiden von ihr ernannten „Delegaten“, den Landgerichts-Präsidenten in Beuthen und den Ersten Staatsanwalt in Gleiwitz, verhandeln. Diese Form bedeutet eine überflüssige Erschwerung der Verhandlung und eine Nichtachtung der Wünsche der Beamten. Dieses Verhalten der Interalliierten Kommission zeigt, daß sie garricht zu einer raschen Verhandlung gelangen will. Ihre fällen also die Folgen einer Verlängerung der Arbeitsüberlegung zur Last. Es ist übrigens bezeichnend, daß das Justizdepartement in Opatowitz, welches doch in erster Linie für die Gewaltmaßnahmen gegen Justizbeamte verantwortlich gemacht werden muß, den beiden Delegaten auf deren Protest gegen die Ausweisungen der Beamten erwidert hat, diese Maßnahmen sei eine rein politische und sei nicht vom Justizdepartement, sondern vom Departement des Innern veranlaßt. Die Schuld wird also abgewälzt! Dabei widerspricht eine solche Ausweisung aus Oberschlesien dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages, in dem eine Ausweisung nur dann zugelassen ist, wenn jemand durch sein Verhalten das Abstimmergebnis gefährdet. Wo diese Gefahr bei den hier vorliegenden Fällen liegen soll, darüber ist uns die interalliierte Kommission noch die Erklärung schuldig.

Zur Handhabung des Justizstillstandes geht uns von zuständiger Stelle folgende Erklärung zu:

1. Die Durchführung einzelner Notstandsarbeiten, z. B. Terminabfertigungen und notwendiger Rosenangelegenheiten, hat zu der Auffassung geführt, die Justiz arbeite wieder. Dies ist irrig. Es werden nur die durch die Setzungen veröffentlichten Notstandsarbeiten erledigt.
2. Es hat gar keinen Zweck, wenn versucht wird, Vorträge darüber der Erledigung zuzuführen, daß behauptet wird, es drohe ein unüberbrückbarer Schaden. Volle eindrucklos bleiben Drohungen mit Regress. Nicht die Justiz hat die Arbeitseinstellung verschuldet, sondern die Entente-Kommission in Opatowitz. In diese allein richtige Adresse wollen sich daher alle Personen, denen unüberbrückbarer Schaden droht, mit der dringenden Bitte wenden, daß die Kommission die gerechten Forderungen der Justizbeamten erfüllt und dadurch die Wiederaufnahme ihrer Arbeit ermöglicht.

Volles u. Provinzielles.

Sobran O., den 23. April 1920.

Über Wohnungsnot und Wohnungs-fürsorge (Sprach am Dienstag nachmittag im Stadtorbordnetungssaale hierseits vor den versammelten Stadtoertern, den Amts- und Gemeindevorstehern der Umgegend und den Vertretern der freiwilligen und Pflichtfeuerwehren Herr Kreisbaumeister Voh aus Rybnik. Der Redner behandelte dieses Thema sehr eingehend und empfahl als sicherste Gegenmaßnahme die Errichtung von Neubauten, für welche seitens des Reiches erhebliche Zuschüsse gewährt werden. In Rybnik ist ein Wohnungswesen und ein Wohnungsfaktor eingerichtet, allorts sollen Wohnungsfleger bestellt werden. Die Höchstgrenze für Mietsteigerungen (15—20 %) ist gesetzlich festgelegt und darf dieselbe nicht überschritten werden, obwohl zugegeben werden muß, daß die Hauswirte jetzt erheblich höhere Reparaturkosten zu tragen haben. Ferner sprach der Redner über die Förderung des Kleingartenwesens als wichtiger Faktor zur Vinderung der Lebensmittelpreise, sowie über das Feuerlöschwesen und die Notwendigkeit des Wiederaufbaues und weiteren Ausbaues der freiwilligen und Pflichtfeuerwehr.

Herr Amtsgerichtsdirektor Kar-wath, welcher sich während des Weltkrieges und bei der Demobilisierung als Feldwebel-leutnant betätigt hat, ist nunmehr mit dem Schlesischen Adler I. Stufe ausgezeichnet worden, nachdem ihm die II. Stufe bereits vor einiger Zeit verliehen wurde.

§ 25 Jahre Kirchschreiner. Am 1. Juli d. J. sind 25 Jahre verstrichen, seitdem Herr Lehrer I. A. Alois Seidl die Kirchschreiner der katholischen Gemeinde führt. Dieser Tage hat Herr Seidl die 25. Jahrsrechnung, von ihm ausgeführt, dem Kirchschreiner-Vorstande vorgelegt, welche wie alljährlich in sorgfältigster und geradermüßiger Weise hergestellt ist. — Herr A. Seidl ist bekanntlich seit 38 Jahren Mitglied des hiesigen Vaterländischen Frauen-Vereins. Ferner war er 22 Jahre Schiedsmann und ebenfalls Vizepräsident des Männergesangsvereins, dessen Ehren-Vizepräsident er nunmehr ist.

§ Eine Lösung der sozialen Lebensfrage, die heute im Vordergrund des Interesses steht, kann nur auf physiologischer Grundlage aufgefaßt und herbeigeführt werden. Und diesen Weg schlug Herr Professor Dr. Daryuel mit bewundernswerter Geschicklichkeit ein. Der Redner, der, was sehr lobend anerkannt werden muß, von der hiesigen Volkshochschule für ihren 5. Volkabend gewonnen war, besaß die seltene Gabe, zum Volke sprechen zu können. Er hat seinen Stoff richtig zu erfassen, zu gliedern und darzustellen gewußt. Die Umgestaltung unseres Staatswesens, so führte der Redner aus, brachte uns eine Erregung, die ihre gleichen sucht: „Freie Wahlen dem Tüchtigen!“ Den Söhnen und Töchtern aus den Plebejerständen, denen bisher die Möglichkeit zu einem höheren Aufstieg infolge Mittellosigkeit genommen war, sollen nunmehr vom Staate die Mittel gegeben werden, diesen, ihnen bisher verschlossenen Weg, neben dem seinen Patrizierstände einschlagen zu können. So anerkennenswert dieser Grundgedanke ist, soviel Gefahren bergen er in sich. Man solle in nichts vorsichtiger sein, als gerade in der Wahl seines Verfassers. Wie viele Menschen müßten nachträglich zur bitteren Erkenntnis gelangen, daß sie sich für den Beruf, den sie gewählt, nicht im geringsten eigneten und sich ihr Leben lang unglücklich fühlen müßten. Drei Voraussetzungen bedingt die Wahl des

Berufes: Neigung, Fähigkeit und Möglichkeit. Alle dreifachen gleich wichtig: darunter Neigung bezw. Lust und Liebe, unbeschränkte Fähigkeit und ausbreitende Möglichkeit. Besonders sollte man sich bezüglich der Neigung sehr prüfen, die oft wechelt. Welch nachteilvolle Folgen die Unfähigkeit nach sich ziehen könne, habe auch der Weltkrieg in erschütternder Wahrheit gezeigt. Die Produktionswirtschaft sei es gewesen, die sehr oft Männer zur Macht gelangen ließ, die belächelt mit **IQ** und **Koch** ihr Examen bestanden, die aber Diplomaten werden mußten, weil ihre Vorfahren es eben auch gewesen seien. Hat jemand seine geistige Unfähigkeit erkannt, so solle er sich vor dem blauen Mittel nicht scheuen, vor den schweißigen Händen nicht fürchten. Er möge getrost seine Stablen unterbrengen und ein praktischer Arbeiter werden. Ein geistig hochbegabter Handarbeiter könne der menschlichen Gesellschaft mehr nützen als ein unfähiger Akademiker. Aber auch für die Frauen seien die Chancen der Unmöglichkeit gefallen. Die neue Staatsform habe ihr weitgehende Rechte zugesichert. Das weibliche Geschlecht habe sich während des Krieges sehr bewährt und auch hervorragendes geleistet. Auch für die Frauen gelte der Warnungsruf:

„**Wiß du, daß wir mit hinein in das Haus laß' es dir gefallen, Stein, daß wir dich behauen.**“

Sicht sei die trefflichste Hilfe zum Sozialisieren und wir wollen die beste Hoffnung hegen, daß dasselbe reife Früchte tragen möge. Es ist ein großer Vorzug des Redners, daß alle seine Ausführungen dem praktischen Leben entnommen und das Ergebnis einer reichen Erfahrung sind. — Der reiche Inhalt des anwesenden Pablikums bewies, welche tiefen Eindrücke der Vortrag ausgeübt hat. Herr Stadtsenator Dorminger dankte im Namen der Versammlung in herzlichsten Worten dem Redner den Dank ab.

§ (Jugend-Theater.) Der hierorts vor kurzem ins Leben gerufene katholische Mädchen-Jugendverein tritt am Sonntag, den 25. d. M., abends 7 1/2 Uhr mit einem Unterhaltungsabend zum ersten Male in die Öffentlichkeit. Die Spielfolge ist sehr abwechslungsreich und bringt drei zumteil mehrstimmige Aufführungen, zwei dreistimmige Mädchenchöre, ein Tangelied, ein Lied für Sopran, eine humoristische Solo-Gesänge und ein Duett für Sopran und Alt. Alle Freunde der Jugend werden an den Darbietungen sich erfreuen. Wir empfehlen den Besuch des Abends aus wahrster, zumal der nächsten Verein der Unterhaltung aller Kreise bedarf und der Reinertrag zu Aufhoffungsarbeiten dienen soll.

§ („Ich oder du“) Dieser Film ist in mehr als einer Beziehung ein empfehlenswerter, guter Erfolg für die verderbenbringende Schundliteratur. Der treffliche Darsteller, Dellekio Hansen, entwickelt in diesem neuen Film die gesamte Technik seiner Kunst. Er tut es in klarer Weise, auf ästhetischer Basis und ohne Trockenheit. Die Aufgabe ist äußerst schwierig, aber der Autor besitzt so viel Erfahrung und Kenntnis, daß es ihm gelungen ist, insbesondere die praktische Seite erfolgreich zu lösen. Es ist ein interessanter, weniger ein belehrender Film, der aber dennoch bestens empfohlen werden kann.

§ (Silbergeld außer Kurs.) Die noch vorhandenen deutschen Silbermünzen werden demnach durch eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die bereits die Zustimmung des Reichsrates und des zuständigen Ausschusses der Nationalversammlung gefunden hat, außer Kurs gesetzt werden. Alle diese Münzen von einer halben Mark bis fünf Mark, einschließlich der in Form von Denkmünzen geprägten Zweimarkstücke, sollen eingezogen werden. Sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Im Verkehr waren sie bekanntlich schon längst nicht mehr zu finden.

§ (Neuenerwerbgebühren.) Die neue Postbesitzverordnung tritt nach dem Beschlusse des Reichsrates und vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung am 1. Mai in Kraft. Die neuen Bestimmungen über Besitzstarke und die Taxographen- und Frachtpachengebührenerhöhung sollen am 1. Juli in Kraft treten.

§ (Kurzschiff als Unterrichtsfach.) Laut Verfügung der Unterrichtsministerien von Braunschweig, Sachsen-Würtemberg und Mecklenburg v. J. der Stenographieunterricht nach dem System „Sabelberger“ mit Ausschluß aller anderen Systeme als Unterrichtsfach an den höheren Schulen und in den oberen Klassen der Volksschulenzugriff eingeführt.

§ (Klassenlotterie.) Die Lose der 5. Klasse laufender Lotterie sind bis zum 1. Mai in den Lotterie-Geschäften abzugeben. Kauflose

sind nur noch in beschränkter Zahl vorrätig. Die 22 Tage dauernde Hauptziehung, in der 174 000 Gewinne, darunter die zwei großen Lose zu je 500 000 Mark und am letzten Ziehungstage die zwei Übergewinne (Prämien) zu je 300 000 Mark gezogen werden, beginnt am 7. Mai.

§ (Erhöhung der Brotzettel in Ober-Schlesien.) Das zuständige Stelle erklärt der „Ostschlesischen Post“: Die Interalliierte Regierungskommission hat am 31. März bekannt gegeben, daß sie die erforderlichen Maßnahmen zur demnachstigen Erhöhung der Lebensmittelrationen getroffen hätte. Sie bringt jetzt zur öffentlichen Kenntnis, daß die durch die allgemeine Brotzettel festgesetzte Ration vom 26. April ab wöchentlich und pro Kopf um 500 Gramm erhöht wird. Das für die erhöhten Rationen gebrauchte Mehl ist Roggenmehl bis zu 80 Prozent ausgemahlen, während die bisherigen Rationen bis zu 92 Prozent ausgemahlen sind, und besitzt daher eine weit größere Nahrungskraft. Infolge des niedrigen Einkaufspreises dieses Mehles werden die Kommunalverordnungen im Sinne des Gesetzes, wie das für die jetzigen Rationen gebrauchte zu liefern. Jeder Versuch der Kleinbäcker, den Preis dieser Brotzettel zu steigern oder bei deren Verteilung Schwierigkeiten zu machen, ist sofort bei den Behörden zu melden.

§ (Die Aufhebung der Zwangsabwickelung.) Der Gerichtsvorstand ober-schlesischer Behörden besuchte sich in seiner Bezirkstagung in Hünzburg auch mit der Aufhebung der Zwangsabwickelung bereits für die kommende Ernte. Einmalig trat die Ansicht zutage, daß die Zwangsabwickelung nur ein Minder- und Schicksal, die Kettens- und Schlichtbäcker großgezogen habe und durch den zu ihrer Durchführung überaus großen Barmittelapparat das Mehl und damit auch das Brot nur bedeutend verteuere. Den Bauwirten seien die Verhältnisse angemessener Preise für ihre Erzeugnisse zu gewähren, damit sie ein Interesse an deren Ablieferung haben, die Erzeugnisse seien dann aber auch von Anfang an auf höchste zu erlassen. Vom Landwirt habe das Getreide unmittelbar an die ober-schlesischen, und nicht, wie bisher oft üblich, an die auswärtigen Mühlen zu gehen — Mühlen seien zu diesem Zweck genau vorhanden, die ganz Ober-schlesien mit Mehl versorgen können — und von den Mühlen unmittelbar an die Bäckereigesellschaften bzw. an die Bäcker selbst. Die Erzeugnisse wegen der Gefahr des Verschlebens des Mehles sofort bewahrt werden. Marktpreise müssen für Bauwirte, Müller und Bäcker festgesetzt und gegen die Überbreiter derselben rückfallslos vorgegangen werden. Dann werde auch die mittelvermittelte Bevölkerung nicht in Not geraten, sondern die zum Leben notwendigen Nahrungsmittel in genügender Menge und zu angemessenen Preisen erhalten, zumal es kaum vorzukommen werde, daß Getreide und Mehl, wie es bisher oft genug der Fall gewesen sei, antwortend durch falsche Erzeugnisse und schlechte Lagerung für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Raffenaubbruch von Zuchtgehirnen.) Sonntag sind aus dem Zuchtgehirne in Striegau 10 Ställe ausgebrochen, unter denen sich auch eine Anzahl schwerer Verbrecher befinden. Eämtliche Ausbrecher sind entkommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Flüchtigen die holländische Grenze zu gewinnen suchen.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

Bei dem Häusler Orba in Duwalenitz wurde eingebrochen und einige 1000 Mk. in 50 Mk.-Scheinen geraubt. Als Raubgefelle konnte der Schachtarbeiter Kallik aus Studziana b. Ratibor ermittelt werden. — Der zweite Banditenreich brachte den Tätern einen Gewinn von 10 000 Mk., die sie durch Einbruch und mittels Anwendung von Waffen bei dem Landwirt Kubina in Stanowitz erpicht. Ueber 7/8 Stunden hatten die unerkannt gebliebenen Gefellen in der Wohnung und umhüllenden oberhalb des Schloßes. Leider fehlt von den Tätern jede Spur.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

§ (Kommunale Wahl.) Die Bürgerprotektion am 22. April. Die Bürgerprotektion für menschliche Nahrungsgüter ungeeignet oder gar vollständig dem Verderben anheimzufallen werden. In diesem Sinne soll der Verband eine Eingabe an die Wirtschaftsstellung der Entente-Kommission in Lypzig richten.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der Provinz Westpreußen sind bisher 1000 Personen an Typhus erkrankt, 200 davon sind gestorben. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen. Die Provinzverwaltung hat Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie ergriffen.

Beitrag zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Die Typhus-Epidemie in der Provinz Posen hat sich in den letzten Tagen auf die Provinz Westpreußen übertragen. In der

